



Ein Multimillionär als Mittelstandsbeauftragter

Harald Christ will das Image der SPD bei den Unternehmern verbessern und seine Partei von ökonomischen Notwendigkeiten überzeugen

Die berufliche Erfolgsleiter von Harald Christ hat viele Sprossen: Vertriebsdirektor der BHW BauSparkasse, Direktor Vertriebssteuerung für die Deutsche Bank²⁴, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburger Kapitalanlagegesellschaft HCI Capital, Generalbevollmächtigter der Berliner Weberbank, Vorsitzender des Vorstandes der Postbank Finanzberatung AG und Vorstandsvorsitzender der ERGO Beratung- und Vertriebs AG – um nur einige der hochkarätigen Führungspositionen in deutschen Großunternehmen und Konzernen zu erwähnen.

Sein Vermögen erwarb sich Christ, indem er im Jahr 2005 den Fondsanbieter HCI an die Börse führte und er danach seine Anteile verkaufte.

Vor gut einem Jahr gründete Harald Christ die Beratungsfirma Christ & Company, mit der er anderen Unternehmen bei ihrer Strategie, bei Fusionen, Restrukturierung und Kommunikation unter die Arme greifen will.

Politisch kann Christ auf eine über 30jährige Mitgliedschaft in der SPD verweisen. Zur Bundestagswahl 2009 war er im Schattenkabinett des damaligen SPD-Kandidaten Frank-Walter Steinmeier als Wirtschaftsminister vorgesehen. Christ ist zudem Gründungsmitglied des Wirtschaftsforums der SPD e.V. und seit Juli 2018 Beauftragter der SPD für den Themenbereich „Mittelstandspolitik“. In dieser Funktion soll er ab sofort den Parteivorstand bei programmatischen Grundsatzfragen beraten.

Über seine Vorstellungen einer ökonomisch sinnvollen Mittelstandspolitik sprach Harald Christ mit Anita Schäfer.

? Multimillionär, Frontmann in Großbetrieben und nun SPD-Mittelstandsbeauftragter. Wie passt das zusammen, um sich in die Gefühlswelt eines selbstständigen Handwerksmeisters hineinzuversetzen?

Harald Christ: Was sagt ein Kontoauszug über den Charakter eines Menschen aus und über seinen Sachverstand? Nichts! Ich mache kein Geheimnis daraus, dass ich sozial aufgestiegen bin und heute zu den wenigen privilegierten unserer Gesellschaft gehöre. Der Handwerksmeister möchte, dass die Wirtschaft brummt und er genug zu tun hat. Er will spüren, dass Politik auch für ihn da ist – so wie es übrigens für alle Menschen der Fall sein sollte, die zu Recht eine gute Politik erwarten. Hier bringe ich 30 Jahre Erfahrung im Mittelstand und in Konzernen ein. Daher bin ich gerne ehrenamtlich für die SPD engagiert.

? Mittlerweile zahlen 4,1 Millionen Steuerpflichtige den Spitzensteuersatz. Soll heißen, nicht nur Spitzenverdiener zahlen den Spit-

zensteuersatz, sondern mittlerweile auch diejenigen, die dem soziologischen Mittelstand zugerechnet werden. Das müsste doch für Sie Grund genug sein, das Gespräch mit dem Bundesfinanzminister zu suchen.

Harald Christ: Ich bin ständig im Gespräch mit der Politik in den Ministerien und darüber hinaus – übrigens auch parteiübergreifend. Aber nicht, um über Steuersenkungen zu sprechen, sondern über inhaltliche Themen, die unser Land nach vorne bringen. Wir brauchen Steuereinnahmen – aber auch Investitionen, Innovationen und Wachstum. An einer Steuerdiskussion beteilige ich mich aktuell nicht – das wäre viel zu kurz gedacht und populistische Ideenlosigkeit.

? Welche Prioritäten würden Sie als Wirtschaftsminister bei einer Neujustierung der SPD-Mittelstandspolitik setzen?

Harald Christ: Wir müssen unsere Mittelstandspolitik nicht neu justieren, sondern das konsequent fortsetzen und an den ein oder anderen

„Wir brauchen Anreize für den Mittelstand, um dafür zu sorgen, dass er investiert, wächst, in Deutschland bleibt, Steuern zahlt, Arbeitsplätze schafft, die Beschäftigten qualifiziert und weiterbildet.“

Stellen optimieren, was wir unter den Bundeswirtschaftsministern Brigitte Zypries und Sigmar Gabriel auf den Weg gebracht haben. Dieser Weg basiert auch auf den programmatischen Entscheidungen der Partei, wie zum Beispiel dem Regierungsprogramm 2017. Eines ist uns allen klar: Wir brauchen Anreize für den Mittelstand, um dafür zu sorgen, dass er investiert, wächst, in Deutschland bleibt, Steuern zahlt, Arbeitsplätze schafft, die Beschäftigten qualifiziert und weiterbildet. Hierfür müssen wir unter anderem Bürokratie konsequent abbauen. Die Unternehmen müssen aber auch in der Lage sein, auf den globalen Märkten gut aufgestellt zu sein. Es ist deshalb die Aufgabe und die Pflicht der Politik, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Davon profitieren übrigens auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

? In einem Welt-Interview werben Sie offen für eine sozialliberale Koalition und nicht für Rot-Grün? Wie begründen Sie diese Haltung, die auch diametral zur Mehrheit in Ihrer Partei steht?



© Wirtschaftsforum der SPD e.V./ Marco Urban

Harald Christ: Wenn die SPD wieder einmal regieren will und wir eine weitere Groko ausschließen, bleiben nur Dreier-Bündnisse. Dass ich kein Werber für Grün-Rot-Rot sein kann, liegt doch wohl auf der Hand. Ich stehe zu unserem wirtschaftlichen Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und ihren Erfolgen seit der Gründung der Bundesrepublik. Alle, die das auch so sehen, sind für mich „natürliche Verbündete“. Dazu gehören auch die Liberalen und erst recht die Sozialliberalen, auf keinen Fall die Neoliberalen.

Der heutige globale Kapitalismus, ob durch einzelne Unternehmen oder Staaten, ist ein Feind der Sozialdemokratie und des Liberalismus. Der globale Kapitalismus, wie wir ihn heute erleben, ist dabei, den Wettbewerb einzuschränken und damit auch die Freiheit zu beeinträchtigen.

Natürlich bin ich wegen meiner sozialliberalen, wirtschaftsnahen Ansichten in der SPD nicht immer mehrheitsfähig, das gehört zur realistischen Standortbestimmung. Ich schätze auch die Linken in der Partei, wenn sie einen klaren Standpunkt haben, den sie kompetent vertreten und über den man diskutieren kann.

Mir geht es auch um Koalitionsoptionen für Mehrheiten – die Grü-

„Dass ich kein Werber für Grün-Rot-Rot sein kann, liegt doch wohl auf der Hand. Ich stehe zu unserem wirtschaftlichen Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und ihren Erfolgen.“

nen biedern sich seit langem der CDU an. Letztlich wäre eine starke SPD die bessere Brücke von Grün nach Gelb, weil wir glaubhaft für die Soziale Marktwirtschaft stehen und die Transformation, vor der unsere Wirtschaft und Gesellschaft stehen, in eine gerechte Balance bringen können. Die CDU hat hier wenig zu bieten und wehrt sich zu wenig gegen die Monopole im neuen Kapitalismus. Eine Ampel-Koalition hätte massive Vorteile gegenüber Jamaika. Dafür werbe ich – auch wenn aktuell die SPD in keiner guten Ausgangslage ist. Wir werden sehen.

? Das sieht die SPD-Linke offenbar anders. Mit Blick auf ein Regierungsbündnis von Grünen, SPD und Linkspartei wäre man sogar bereit, einen Grünen-Politiker zum Bundeskanzler zu wählen. Dem Focus sagte Frank Schwabe, Sprecher der SPD- „Denkfabrik“: „Wer stärkste Kraft wird, stellt in jeder Koalition den Regierungschef.“ Ihr Kommentar?

Harald Christ: Wer sagt das, dass die Wählerinnen und Wähler sogar eine Grünen-Bundeskanzlerin oder einen Grünen-Bundeskanzler wählen würden? Umfragen oder die Medien, die das gerne hypen? Jetzt warten wir mal ab. Ich bin zu lange im Geschäft, um alles sofort zu kommentieren. Eine grün-rot-rote Koalition wäre für die SPD ähnlich schwierig wie die GroKo – das kann keiner wollen und das wollen die Menschen in diesem Land mehrheitlich sicher nicht.

? Während Sie auf Liberalität, Wettbewerb und Soziale Marktwirtschaft setzen, sympathisieren Berliner SPD-Politiker mit der Forderung der Linkspartei nach einer Enteignung der großen Wohnungsgesellschaften.

Harald Christ: Enteignen ist nicht die Devise und das richtige Mittel, es geht um den Bau von Wohnungen. Für Enteignungen sieht das Grundgesetz Entschädigungen vor. Das wird teuer. Besser ist es doch, Geld in Neubau von Wohnraum zu investieren. Berlin braucht einen

wohnungswirtschaftlichen Masterplan und beherztere Entscheidungen. Es müssen mehr Wohnungen – im gehobenen Segment ebenso wie normale Mietwohnungen und Sozialwohnungen – gebaut werden. Berlin hat übrigens genug Fläche, um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum relativ kurzfristig zu reduzieren. Wir müssen nur unnötige Regulierungen beseitigen und Baugenehmigungsverfahren beschleunigen. Ich sehe die derzeitigen Gesetzesvorhaben sehr kritisch – sie schaden dem Standort enorm und dienen lediglich der Befriedigung populistischer Neiddebatten. Ich stehe klar für bezahlbares Wohnen – nur ist mein Weg dorthin ein anderer.

? Juso-Chef Kevin Kühnert geht sogar noch einen Schritt weiter. Nach seiner Auffassung soll es im Optimalfall auch private Wohnungsvermietungen nicht mehr geben.

Harald Christ: Das ist nicht meine Auffassung und totaler Quatsch. Sonst schätze ich Kevin Kühnert sehr – er bringt Leben in die Debatte, die man ja führen sollte, auch wenn ich oftmals anderer Meinung bin. Aber als Juso-Vorsitzender macht er seinen Job. Ich bin mehr für das Machbare und weniger für das Ideologische.

? Wie gespalten Ihre Partei in der Frage der Kollektivierung zur Überwindung des Kapitalismus ist, zeigen die Reaktionen. Während der Sprecher des Seeheimer Kreises Johannes Kahrs die Frage stellte, was Kühnert wohl geraucht habe, sagte Berlins Innensenator Geisel, dass der Juso-Chef die richtige Frage gestellt habe. Und der Vorsitzende des einflussreichen nordrhein-westfälischen Landesverbandes Sebastian Hartmann sagte dem Spiegel, die Debatte müsse aufgenommen werden, „weil wir ein grundlegend neues Wirtschaftsmodell brauchen“. Ähnlich äußerte sich auch die Bielefelder Bundestagsabgeordnete Wiebke Esdar, als Mitglied des SPD-Bundesvorstandes. Wie äußert sich nun der Mittelstandsbeauftragte der SPD?

Harald Christ: Fragen zur ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung zu stellen, ist legitim und notwendig. Sebastian Hartmann ist ein bodenständiger und vernünftiger SPD-Vorsitzender in NRW. Es ist auch Teil der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, von Wachstum zu sprechen, von dem alle etwas haben. Das ist inklusives Wachstum. Eines ist völlig klar: An den Erfolgen der Wirtschaft müssen alle beteiligt werden – aber ein stärkerer Sozialstaat braucht eine starke Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk. Das sind zwei unterschiedliche Seiten der gleichen Medaille.

? Mit Ihren wirtschaftsnahen Ansichten sind Sie in Ihrer Partei offensichtlich aber nicht mehrheitsfähig. Anders gesagt: Sind Sie der Don Quichotte, der gegen die Windmühlenflügel der SPD kämpft?

Harald Christ: Ich bringe mich gerne ehrenamtlich ein, ohne dass ich was werden will. Außerdem bin ich nicht alleine auf weiter Flur. Im Gegenteil: Sie verkennen die wirtschaftspolitischen Potentiale der SPD und unterschätzen ihre wirtschaftspolitische Kompetenz. Ich bekomme seit Wochen sehr viel Zuspruch aus der Basis der Partei. Ich erinnere an Karl Schiller, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder, Peer Steinbrück, Brigitte Zypries und Sigmar Gabriel. Dann gibt es das Wirtschaftsforum der SPD, in der sehr viel wirtschaftspolitische Kompetenz vorhanden ist. Nicht vergessen werden darf hier auch die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD. Dort sind viele mittelständische Unternehmer, Selbstständige und Gewerbetreibende versammelt, die mit Sachverstand und ihrer täglichen Erfahrung viel zur SPD Wirtschaftspolitik beitragen.

? Focus-Chefredakteur Schneider hat Sie einmal so charakterisiert: „Harald Christ ist Sozialdemokrat, Unternehmer und er versteht etwas von der Wirtschaft. Und darum sorgt er sich: um die Rolle Deutschlands in einem immer stärker in Bedrängnis geratenen Europa. Er ist für sichere Außengrenzen, für ge-

steuerte Zuwanderung von Fachkräften und wenn die Politik Versprechen macht, dann appelliert Christ an seine Genossen, dass diese auch finanzierbar sein müssen.“ Was im Einzelnen besorgt Sie, was muss Ihrer Meinung nach getan werden, um Ihren Sorgen zu begegnen? Dies vor allem mit Blick auf das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament.

Harald Christ: Den Focus-Chefredakteur schätze ich sehr, um es gleich vorwegzusagen. Besorgt macht mich aktuell der starke Zuwachs von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien. Zum Glück waren die Wahlergebnisse für diese Gruppierungen nicht so gut wie erwartet. Wenn bedacht wird, dass Macrons Partei weniger Stimmen erhielt als Marie Le Pens Partei, muss sehr intensiv überlegt werden, wie dem zu begegnen ist. Sorge bereitet mir auch, dass die wichtige Rolle Europas als Gegengewicht von den USA und China, nicht von allen erkannt und anerkannt wird. Europa hat viel zu verlieren, wenn unsere wirtschaftlichen Anstrengungen nachlassen. Europa muss wirtschaftlich stark sein. Europa ist nach den USA derzeit mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 16 Billionen Euro die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Europa hat den größten gemeinsamen Wirtschaftsraum der Welt geschaffen und er-



„Fragen zur ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung zu stellen, ist legitim und notwendig.“

folgreich damit begonnen, eine gemeinsame Währung einzuführen. Europa wurde als Wirtschaftsraum gegründet. Das ist eine Verpflichtung für die Zukunft. Europa ist auch das Projekt der Gemeinsamkeit. Das darf alles nicht in Frage gestellt werden. Hier müssen wir alle gemeinsam viel mehr Überzeugungsarbeit leisten.

? Sie waren in der Finanz- und Vermögensberatung an exponierter Stelle tätig. Der Finanzexperte Frank Walter sieht in der Niedrigzinspolitik und der Geldflut der EZB die Gefahr einer Euro-Währungsreform. Teilen Sie Frank Walters Befürchtungen?

Harald Christ: Solche Mittel sind sicher zeitlich begrenzt sinnvoll, um wirtschaftliche Probleme zu überbrücken sowie mangelnde Nachfrage und zurückhaltende Investitionsbereitschaft zu fördern. Darüber kann immer diskutiert werden. Niedrigzinsen, auch inflationsbereinigt, wirken sich über Jahre und Jahrzehnte für einen Durchschnittsverdiener negativ aus. Die Folgen für Betriebsrenten, Spareinlagen und Lebensversicherungen sind spürbar. Sie sind eine kalte Enteignung der deutschen Sparer zugunsten des Staates oder – wenn man so will – der Preis den wir aktuell für Europa zahlen. Es gibt hier Gewinner und Verlierer. ■



Mit Harald Christ sprach Mag. Anita Schäfer